DER LANDBOTE
DONNERSTAG, 9. JANUAR 2014

DER LANDBOTE
DONNERSTAG, 9. JANUAR 2014

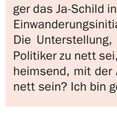
Zwei Missionen, viel Budgetfrust und etwas Parkplatzgeplänkel

Hauptthema sollte das Sparen sein: Doch die Kandidierenden boten da wenig Neues, ausser dass sie den Frust aus der Budgetdebatte kaum verarbeitet haben. Ebenso hitzig, aber spontaner wurde über zwei Fragen diskutiert, welche in Winterthur selten gestellt werden.

THOMAS MÖCKLI UND OLIVER GRAF

«Sind Sie für die Volksinitiative zur Abtreibungsfinanzierung, welche entsprechende Krankenkassenbeiträge streichen will?» – «Welchen Einfluss haben die zahlreichen Freikirchenmitglieder auf die Stadtpolitik und was unternehmen Sie dagegen?» Die erste Frage hat mit Winterthur wenig, die zweite, die über Twitter aus dem Publikum kam, offenbar sehr viel mit der Stadt zu tun. Beide sind insofern miteinander verknüpfbar, als sie in erster Linie an Polizeistadträtin Barbara Günthard-Maier, FDP, gerichtet waren.

Günthard hielt denn auch mit ihren eindeutigen, sich mehrheitlich von den anderen Kandidierenden unterscheidenden Aussagen nicht zurück: Ja, sie sei für die Initiative, weil es ihren Werten widerspreche, das Sterben eines Ungeborenen mit Krankenkassenprämien zu unterstützen. Auch bei ihrer erklärten Mitgliedschaft in einer Freikirche gehe es um Werte: «Meine private Wertauffassung ist davon geprägt, aber die politischen Fragen Winterthurs können nicht aus christlicher Perspektive beantwortet werden», so Günthard. Sie habe deshalb



«keine Ahnung», wie gross der vom Frager unterstellte Einfluss wirklich sei.

Ganz anders nahm Marc Wäckerlin (Piraten) den Steilpass seines Twitter-Kollegen auf: Während er den Einfluss der Freikirchen offenbar als unverhältnismässig hoch erachtet, kritisierte er gleich auch, dass die städtischen Notunterkünfte von der Heilsarmee betrieben würden. «Man kann eine so wichtige Aufgabe doch nicht einfach Missionierenden überlassen.»

Mission in der Notunterkunft?

Diese Aussage weckte bei anderen Kandidaten Protest: «Ich wüsste nicht, wie wir die Aufgaben ohne soziale Unterstützung der Kirchen erfüllen könnten», so Stadtpräsident Michael Künzle, CVP. «Meine Leute haben oft mit diesen Einrichtungen zu tun und wir hören nichts vom Missionieren», sagte der leitende Kantonspolizist Josef Lisibach, SVP.

Sozialstadtrat Nicolas Galladé, SP, enervierte sich augenscheinlich am meisten, versuchte aber, die Diskussion wieder auf den Wahlkampf zu lenken: «Freikirchenmitglieder gibt es in der Stadt etwa so wenige wie Piraten. Nur machen Erstere einen guten Job.» Als Pirat solle er die Anhaltspunkte für angeblichen Einfluss der Freikirchen besser in der Realität statt auf seiner Website suchen, empfahl er an die Adresse Wäckerlins. Man könne Sozialfälle doch nicht guten Gewissens der Heilsarmee anvertrauen, liess der Angesprochene nicht locker, so lange, bis er vom Moderator unterbrochen wurde.

Vom Anfang bis zum Schluss der Podiumsdiskussion vom Dienstagabend flackerten auch die verhärteten Positionen aus der Budgetdebatte im Dezember immer wieder auf. Das Sparditkat der Bürgerlichen, insbesondere der GLP, sei in vielen Bereichen kaum umsetzbar, gab Finanzstadträtin Yvonne Beutler, SP, ihren Befürchtungen nicht zum ersten Mal Ausdruck.

Warum man sich denn nicht auf eine machbare Kompromisslösung habe einigen können, hakte «Landbote»-Moderator Jakob Bächtold nach. «Das wäre vielleicht möglich gewesen, wenn die Sparpolitiker frühzeitig auf die Gesprächsangebote der Regierung eingegangen wären, statt ihre Anträge direkt vors Parlament zu bringen», so Beutler. Ins selbe Horn stiess auch Schulstadtrat Stefan Fritschi, FDP: Er habe gar nicht mit Kompromissvorschlägen reagieren können, weil er vor der Budgetdebatte weder in den Kommissionssitzungen noch von einzelnen Parlamentariern mit den Anträgen konfrontiert worden sei.

Herausforderer Beat Meier von den Grünliberalen stellte das Hickhack hingegen so dar, als habe die Stadtregierung ihre Hausaufgaben letzten Sommer zu spät und ungenügend gemacht. Damit habe sie dem Parlament gar nichts anderes übrig gelassen, als weitere Millionen an Ausgabenwachstum wegzukürzen, welche erst in jüngerer Zeit hinzugekommen seien.

Schwarzpeterspielchen

«Wenn wir Kürzungsvorschläge abklären wollten, wurden wir von der Zentralverwaltung zu einzelnen Verwaltungsbereichen und wieder zurück geschickt», schilderte Meier ein in seinen Augen «gängiges Schwarzpeterspiel in der wirkungsorientierten Verwaltungsführung» Winterthurs. Meier verteidigte die massgeblich von seiner Partei mitverantwortete Sparaktion der bürgerlichen Parteien und den Sieg gegen die vom Stadtrat beantragte Steuerfusserhöhung standhaft bis zum Schluss: Winterthur werde in Zukunft noch froh sein um den Kostenplafond, «der jetzt reduziert und in gute Bahnen gelenkt werden konnte».

Beutler blieb dabei, dass mit der Sparaktion auch Reserven geplündert worden seien und wertvolle städtische Leistungen verloren gehen würden. Der Gegenseite warf sie vor, dass sie die Konsequenzen ihrer Sparbeschlüsse vom Tisch wischen würde und sich damit vor dem Wahlvolk um die Verantwortung drücken wolle.

Zu viel Aufhebens um Parkplätze

In den vergangenen Monaten hatte in der Stadt auch die neue Parkplatzverordnung für hitzige Diskussionen gesorgt – es taten sich dabei die erwarteten Gräben entlang den politischen Lagern auf.

Am Podium aller Stadtratskandidaten wurde das Thema ebenfalls kurz aufgegriffen. SVP-Politiker Josef Lisibach warnte davor, aus ideologischen Gründen einfach alle Parkplätze zu verteufeln. «Das Auto ist nicht verboten.» Der Grüne Matthias Gfeller hielt demgegenüber fest, dass man darauf achten müsse, wer wann wo parke: «Nicht dass Auswärtige in die Stadt fahren, hier Verkehr verursachen, Abstellplätze belegen – und dann mit dem Zug nach Zürich fahren.»

Das grosse Aufheben, das rund um die Abstellplätze gemacht werde, konnte Bauvorsteherin Pearl Pedergnana, SP, nicht wirklich nachvollziehen. Die umstrittene neue Parkplatzverordnung orientiere sich ja am bisherigen Zustand. Der «Landbote» hatte verschiedentlich über kritisch eingestellte Firmenchefs berichtet. «Es gibt kein einziges Unternehmen, das wegen der Anzahl der Parkplätze wegziehen will», sagte Pedergnana. Sie habe mehrere Gespräche geführt und dabei festgestellt: Die Parkplatzverordnung sei insgesamt auf gutem Weg.

Am 9. Februar finden die Erneuerungswahlen statt.

Alle sieben bisherigen Stadträtinnen und Stadträte treten zur Wiederwahl an – und drei neue Kandidaten streben zusätzlich einen Sitz in der Exekutive an: Über 300 Winterthurerinnen und Winterthurer wollten im Casinotheater aus erster Hand erfahren, was die zehn Politiker in den nächsten vier Jahren mit der Grossstadt vorhaben, wenn sie gewählt werden. Bilder: Marc Dahinden

SPLITTER & SPÄNE

In politischen Diskussionen ist vieles vorhersehbar: Dass etwa SP-Politiker **Nicolas Galladé** sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzt, überrascht nun wirklich nicht. Ein Teil des Publikums lachte am Podium allerdings überrascht auf, als er den Immobilienkönig **Bruno Stefanini** lobend erwähnte («Er hat günstige Wohnungen»). Das sei aber nicht zum Lachen, schob er dem dann noch nach. Noch überraschender war dann aber die Haltung von Finanzvorsteherin **Yvonne Beutler.** Selbst Moderator **Jakob Bächtold,** Lokalchef des «Landboten», musste zweimal hinsehen: Auf die Frage, wer für eine Erhöhung des Rentenalters sei, votierte auch die SP-Politikerin. Auf Nachfrage meinte Beutler, sie sei nicht zwingend für eine Erhöhung, aber für eine Flexibilisierung des Rentenalters. «Meine Mutter beispielsweise ist 77 Jahre alt und arbeitet so viel wie eine Stadträtin.»

Winterthur muss sparen. Das wissen die sieben amtierenden Stadträte genauso gut wie jene drei Kandidaten, die bald amten wollen. In der Schlussrunde mussten sie für einmal aber nicht mit dem Rotstift hantieren und erklären, worauf sie noch verzichten würden. Die Abschlussfrage lautete vielmehr: was sie sich in diesen Sparzeiten denn persönlich noch leisten würden. Dabei zeigte sich: Die Wahlkampfzeit ist offenbar sehr, sehr anstrengend – gleich mehrere Podiumsteilnehmer erklärten, dass sie sich nach dem Wahltag am 9. Februar ein paar Tage Ferien oder freie Zeit mit Freunden und Familie gönnen würden (**Pearl Pedergnana, Michael Künzle, Barbara Günthard-Maier, Yvonne Beutler** und **Josef Lisibach**). SVP-Mann Lisibach leistet sich dabei auch noch den Luxus, «auf Handy und Weiteres» für einmal zu verzichten. Pirat **Marc Wäckerlin** gönnt sich «einfach das Wohnen und Geniessen» in seinem Haus und der Grünliberale **Beat Meier** will nicht auf ein feines Stück Gruyère und ein selbst gebrautes Bier verzichten. Als besonderen Luxus bezeichnete **Matthias Gfeller** die Gesundheit. **Nicolas Galladé** will auch im Sparjahr weiterhin die kreativen Fanartikel des FC Winterthur erwerben und auch bei speziellen Auktionen mitbieten – «damit sich der FCW am Ende einen weiteren guten Spieler holen kann». Und **Stefan Fritschi** meinte, dass er sich drei Kinder leiste: Dies koste viel, vor allem Nerven, sagte er lachend. Aber eben, es fliesse ja auch wieder viel zurück. *(og/mö)*

DIE AUFTRITTE DER ZEHN STADTRATSKANDIDATINNEN UND -KANDIDATEN IM EINZELNEN

Josef Lisibach, SVP

Er will neu in den Stadtrat. Er will für die SVP wieder einen Sitz erobern. Doch kämpferisch zeigte sich Josef Lisibach, der heute Donnerstag 47 Jahre alt wird, am Podium nicht: Er verlangte nie energisch das Wort, er mischte sich nicht in Diskussionen ein. Der SVP-Politiker blieb ruhig und sachlich. Er wirkte nicht, als ob er ein neuer Kandidat sei, der einen Bisherigen verdrängen müsse – eher wirkte er wie ein Bisheriger, der schon längst dazugehört. Auch wenn

Lisibach kaum Akzente setzen konnte, fiel er auf dem Podium auf: Als Einziger sprach er sich in einer raschen Ja-Nein-Runde gegen die Bahnfinanzierungsvorlage Fabi aus. Und kaum überraschend hielt er als Einziger das Ja-Schild in die Höhe, als es um die Einwanderungsinitiative seiner Partei ging. Die Unterstellung, dass er für einen SVP-Politiker zu nett sei, konterte er, Lacher einheimsend, mit der Aussage: «Kann man zu nett sein? Ich bin genau richtig.» *(og)*

Yvonne Beutler, SP

Die Finanzstadträtin reagiert auch Wochen nach der Budgetdebatte immer noch emotional, wenn sie mit einer angeblich verfehlten Finanzpolitik der Regierung konfrontiert

wird. Dass selbst ihr härtester Gegner auf dem Podium (Meier, GLP) die Finanzmisere nicht ihr, sondern vor allem der vormaligen Regierung anlastet, schien sie zu übersehen: Yvonne Beutler nahm Anwürfe der Sparpolitiker erneut etwas persönlich. Beim Publikum kaum mehr punkten konnte sie, wenn sie zum wiederholten Mal darauf zurückkam, dass die Parlamentarier die Konsequenzen ihrer Sparanträge erst mit dem Stadtrat hätten diskutieren sollen, bevor sie sie in Gang setzten. Applaus holte sie sich, als sie verlangte, der Gegner müsse halt auch vor die Bevölkerung stehen können, wenn seine rein arithmetischen Sparvorschläge die Abschaffung wertvoller Errungenschaften verursachen – gegebenenfalls halt «mit abgesägten Hosen». *(mö)*

Stefan Fritschi, FDP

Auch der Vorsteher des Schul- und Sportdepartementes schien es persönlich zu nehmen, wenn dem Stadtrat Verfehlungen in der Finanzpolitik vorgeworfen wurden. «Weil die GLP die Konsequenzen ihrer Sparanträge nicht mit uns diskutierte, blieb mir in der Debatte kein Spielraum. Ich musste die Streichung von Schulreisen ins Auge fassen», erklärte er etwas betupft. Ging es um konstruktive Dinge, etwa anstehende Schulbauten, zeigte Stefan Fritschi indes Humor: Solche verzögerten sich meistens, weil «sich darin viele heizende Lebewesen bewegen müssen», was die Bauten komplizierter mache «als ein Hundehäuschen». Neben Skepsis erntete der FDP-Stadtrat auch ein paar Lacher, als er eine allzu grosse Nähe zu den Sparpolitikern von rechts zu relativieren suchte, indem er verkündete, das bürgerliche Vierercticket sei keine Allianz von Parteien, sondern ein «externes Forum». *(mö)*

Pearl Pedergnana, SP

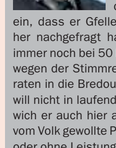
Die Bauvorsteherin verbrachte einen ruhigen Abend. Die wirklich heissen Dossiers (Tanzdemo, Sparen) betrafen ihre Stadtratskollegen. Nur zweimal wurde sie mit «halbheissen Themen» konfrontiert, wie es Moderator Jakob Bächtold nannte. Ob man etwa den am Ende überraschend schnellen Abgang des langjährigen Bausekretärs nicht hätte besser planen müssen? Statt sich hinter Floskeln zu verstecken (etwa «Arbeitsrechtliche Angelegenheiten kommentiere ich nicht»), sprach Pearl Pedergnana Klartext. Es sei nicht die Aufgabe eines Chefbeamten, Königsmacher zu spielen und seinen Nachfolger selber zu bestimmen. Aber es habe sich um eine ordentliche Pensionierung gehandelt – und im Auftragsverhältnis könne auch weiterhin auf die Unterstützung des Ex-Bausekretärs gezählt werden. Etwa bei der Parkplatzverordnung. Diese sah Pedergnana auf gutem Weg, was Teile des Publikums raunend zur Kenntnis nahmen. *(og)*

Michael Künzle, CVP

Er wird Stadtpräsident bleiben: Es tritt kein offizieller Herausforderer gegen Michael Künzle an. Er legte am Podium einen durchwegs magistral wirkenden Auftritt hin: Er konnte wenig sagen und dabei auch noch relativ unverbindlich bleiben – und hatte das Publikum doch im Sack. Sind es nun wirklich 750 Jahre Stadtrecht oder nicht, die Winterthur dieses Jahr feiert? Letztlich egal – nach einem schwierigen Jahr 2013 feiere die Stadt auf jeden Fall zu Recht, meinte Künzle. Und er ergänzte mit einer das ganze Publikum einladenden Handbewegung: «Es wird ein gutes Jahr 2014, das hat Winterthur verdient.» Ein Zuhörer warf der Stadtrats-Crew angesichts der Finanzlage vor, dass sie das Boot an die Klippe gefahren habe und deshalb ausgetauscht gehörte. «Boot?», fragte da Künzle zurück. «Winterthur ist ein Supertanker! Dieser Supertanker hat schon einen neuen Kapitän und ist auf gutem Kurs!» Applaus. *(og)*

Matthias Gfeller, Grüne

Der Energiestadtrat, der zu jeder Aufgabe die farblich passende Krawatte auszuwählen versucht, fiel durch auffallend staatsmännische Kleidung auf. Seine diesmal graue Krawatte passte auch gut zur Antwort auf die Frage, ob Biorender die anlässlich der Abstimmung versprochene 70-Prozent-Leistung nun erreicht habe: «Nahezu 70 Prozent, genauer weiss ich es nicht», versuchte der ehemalige VR-Präsident auszuweichen. Der Moderator räumte darauf ein, dass er Gfeller «reingeleimt» und vorher nachgefragt habe: Die Leistung liege immer noch bei 50 Prozent, weshalb Gfeller wegen der Stimmrechtsbeschwerde der Piraten in die Bredouille geraten könnte. «Ich will nicht in laufende Verfahren eingreifen», wich er auch hier aus. Seine Aussage, die vom Volk gewollte Preissenkung komme mit oder ohne Leistungssteigerung, liessen die Biorender-Kritiker auf dem Podium wie im Publikum widerspruchslos durchgehen. *(mö)*

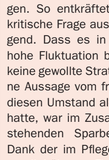


Nicolas Galladé, SP

Der Sozialvorsteher kennt sich in seinem Dossier aus und war rhetorisch beschlagen. So entkräftete Nicolas Galladé eine kritische Frage aus dem Publikum überzeugend. Dass es in den Alterszentren eine hohe Fluktuation beim Personal gebe, sei keine gewollte Strategie, bekräftigte er. Seine Aussage vom früheren Abend, in der er diesen Umstand als positiv hervorgehoben hatte, war im Zusammenhang mit den anstehenden Sparbemühungen gestanden: Dank der im Pflegebereich tendenziell generell höheren Fluktuation seien weniger Kündigungen erforderlich. Nicht unerwartet erntete Galladé für seine engagierten Voten auch Zwischenapplaus und einige Lacher. Nicht gut kam bei einem Teil des Publikums aber an, wie der jüngste Stadtrat den Kandidaten der Piraten richtiggehend in den Senkel stellte und von oben herab belehrte – um dann das Thema mit den Worten «Jetzt ist alles gesagt» zu beenden. *(og)*

Barbara Günthard-Maier, FDP

Die Vorsteherin des Departementes für Sicherheit und Umwelt hat eine Meinung. Und zu ihrer Meinung steht sie, will diese aber auch ausführlich begründen. So ging sie am Podium auf Zwischenfragen nicht ein («Ich will noch fertig reden»). Damit konnte sie kritische Nachfragen umschiffen. Das ausführliche Begründen ihrer Haltung kam nicht von ungefähr: Denn die oberste Polizeichefin weiss, dass sie mit ihrer Meinung in Teilen der Bevölkerung anecken kann. So sagt Barbara Günthard-Maier als Einzige auf dem Podium Ja zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache». Es gebe Werte, die auf ihrem Glauben basierten und indiskutabel seien. «Ich verstelle mich nicht», begründete sie. Sie stehe hin. So auch nach der Tanzdemo, die in Scharmützel zwischen Polizei und Demonstranten ausartete (und aus linken Kreisen zu Rücktrittsforderungen an die FDP-Politikerin führte). Das gehöre halt dazu, sagte sie. *(og)*



Marc Wäckerlin, Piraten

Wenn einer der Neuen die Bisherigen herausforderte, dann er. Der erste Parlamentspirat der Schweiz teilte, manchmal zu Selbstüberschätzung neigend, nach allen Seiten aus: So sei der Holidi-Ersatz «ein blödes Zahnbürsteli». Die Verfrachtung des Holzmannes auf den Rosenberg «makaber» und die Missachtung seiner 9000 Facebook-Freunde «undemokratisch». Während ihm das Publikum ein paar Lacher zollte, verloren seine Widersacher beinahe die Contenance. Etwa, als Marc Wäckerlin dem Sozialstadtrat empfahl, beim Thema bezahlbarer Wohnraum «eben nicht nur an sein Kundensegment zu denken». Oder als er es als «Rechtsmissbrauch» anprangerte, eine unbewilligte Demo erst tolerieren zu wollen und hernach Unbescholtene wegen Landfriedensbruch einzuklagen. Mit seinem Missionseifer gegen angebliches Missionieren der Heilsarmee dürfte er das Publikum aber eher erschreckt als überzeugt haben. *(mö)*

Beat Meier, GLP

Der dritte Herausforderer musste sich gleich von Beginn weg für seinen angeblich «platten Slogan» sowie die Sparpolitik seiner Partei verteidigen. «Einer wie Meier…» sei einer, der eine unabhängige Position habe, und solche Stadträte habe Winterthur dringend nötig, konterte er zu Anfang ganz passabel. Weniger gut gelang ihm das, als er zu erklären hatte, warum er dem Stadtrat Kurzsichtigkeit vorwirft: Der politische Newcomer behauptete spitz, er sei es sich als Selbstständigerwerbender gewöhnt, langfristige Finanzprojekte zu managen, was dem Publikum offenbar als Fähigkeitsausweis genügen sollte. Generell schienen Beat Meiers Aussagen im Publikum zwar etwas trocken, aber als sehr durchdacht anzukommen. Emotional reagierte mitunter aber auch er, wenn er von seiner härtesten Gegnerin (Beutler, SP) als Hauptverantwortlicher für schwer umsetzbare Sparbeschlüsse hingestellt wurde. *(mö)*